Sonnabend, 24. Dezember 1921. **Einzelnummer 15 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 251.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M, im Reklameteil 10.— M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Angriffe auf den Deutschtumsbund.

Der „Głos Poranny" beschäftigt sich in seiner Nr. 351 unter der Ueberschrift „Der Deutschtumsbund bei der Arbeit" lebhaft mit einem Artikel der „Deutschen Nachrichten", der die bevorstehenden oberschlesischen Verhandlungen behandelt, und will hieraus „das vollständige Zusammenwirken des Deutschtumsbundes mit der deutschen Regierung" konstruieren.

Wir geben diesen Teil des Aufsatzes der „Deutschen Nachrichten" wörtlich wieder: „Es wird von deutscher Seite aller Voraussicht nach der größte Wert darauf gelegt werden müssen, daß das Los derjenigen Deutschen, die, einem Machtspruch weichend zu Polen geschlagen werden, andere Sicherungen erhalten, als es bisher mit den Deutschen in Posen und Pommerellen der Fall war. Wir glauben nicht falsch zu sehen, wenn wir fürchten, daß eine befriedigende Lösung gerade dieses Punktes von polnischer Seite die meisten Gefahren bringen und das ganze Schicksal der Beuthener Verhandlungen davon abhängen wird, ob die polnischen Delegierten Vollmacht haben, hinsichtlich der deutschen Minderheiten in Polen Kompensationen zu machen, die sich mit der Stellung der deutschen Reichsregierung decken."

Es ist völlig unverständlich, wie der „Głos Poranny" hieraus ein „Zusammenwirken des Deutschtumsbundes mit der deutschen Regierung" herauslesen kann. Die „Deutschen Nachrichten" haben offenbar nur das gesagt, was man in den letzten Wochen öfters in den reichsdeutschen Zeitungen lesen konnte, und es ist doch absolut verständlich, daß unsere Brüder jenseits der Grenze mit aller Energie die Bedrückungspolitik in Oberschlesien verhindern wollen, der wir in den ehemaligen preuß. Gebieten ausgesetzt waren und noch sind.

Glaubt denn der „Głos Poranny", daß es nur der polnischen Presse gestattet ist, für einen wirksamen Schutz der in Deutschland verbleibenden polnischen Minderheiten einzutreten? —

Wir sind dem „Głos Poranny" doch immerhin dankbar, daß er es uns nicht schwer macht, zu erkennen, aus welchen Gründen er den Deutschtumsbund als „Organ der deutschen Regierung" bezeichnet. Denn es soll den Entente-Vertretern bewiesen werden, daß die Eingabe an den Völkerbund ziemlich gegenstandslos sei, um diesen von einem Einschreiten abzuhalten. Schreibt er doch wörtlich: „Die Note des Deutschtumsbundes an den Völkerbund ist jetzt ohne Zweifel als das zu erkennen, was sie in Wirklichkeit ist, ein von der deutschen Regierung gegen Polen unternommener Schritt, ein Schritt, bei dem sie sich der in Polen von ihr geschaffenen Organisation bedient, die nicht die Überzeugungen der Mehrheit der loyalen Bevölkerung in Polen repräsentiert." Und weiter schreibt er: „Die Regierung aber muß gegenüber den internationalen Faktoren deutlich aussprechen, daß eine Organisation, die im Dienste der deutschen Regierung steht, nicht als Vertreter des Willens der deutschen Bürger Polens behandelt werden kann."

Es ist begreiflich, daß der Deutschtumsbund Blättern wie dem „Głos Poranny" und seinen ebenbürtigen Brüdern ein Dorn im Auge ist, da er sich den Schutz der Minderheiten zur Aufgabe gemacht, denn ohne eine solche Organisation, die das gesamte Deutschtum in Polen umfaßt, wäre es der Willkür vollkommen preisgegeben.

Der „Głos Poranny" kann schon aus diesem Grunde davon überzeugt sein, daß die „Mehrheit der loyalen deutschen Bevölkerung in Polen" hinter dem Deutschtumsbund steht und bei ihm Schutz gegen die Unterdrückungen sucht. Da alle Mittel im Lande erschöpft waren, blieb dem Deutschtumsbund nur noch der letzte ihm zur Verfügung stehende Weg, um die loyale deutsche Bevölkerung zu schützen: die Anrufung des Völkerbundes.

Wir warten in Ruhe diese Entscheidung ab, der der „Głos Poranny" offenbar mit Bangen entgegensieht.

*

Die Stellung der deutschen Sejmabgeordneten zum Kabinett Ponikowski.

Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Vermögensabgabe (Danina) gab der Abgeordnete Spickermann im Namen der Deutschen Vereinigung folgende Erklärung ab:

„Hoher Sejm! Auf die Details des Gesetzes über die Danina werde ich nicht eingehen, gebe aber im Namen meines Klubs folgende Erklärung ab: Aus der Überzeugung heraus, daß nur durch eine größere Abgabe aus dem Volke die Rettung unserer Finanzen möglich ist, erkläre ich im Namen der Deutschen Vereinigung, daß wir im Prinzip für die Danina stimmen werden. Der Finanzminister wird in allen Fällen, wo es sich um die Sanierung der Staatsfinanzen handelt, unsere Unterstützung finden. — Leider müssen wir unsere Stellungnahme dem übrigen Kabinett gegenüber nach der Rede des Ministerpräsidenten in Posen einer Revision unterziehen. Dem Ministerpräsidenten wurde von gewissen Kreisen die Stützung seines Kabinetts durch deutsche und jüdische Stimmen zum Vorwurf gemacht. Anstatt diese Treibereien zu ignorieren, lieh der Chef des Kabinetts den gegen das Deutschtum in infamer Art und Weise fortgesetzt arbeitenden Chauvinisten sein Ohr und erniedrigte sich so weit, daß er durch seine Rede ihren mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Standpunkt sanktionierte und unterstrich.

*

Blinde Eifer schadet nur.

Unser verehrter Mitbürger, der Hüter des Rechts von Amts wegen und Generalstaatsanwaltschaftsrat Kierski, hat es für angebracht befunden, in den Spalten seines Leibblattes seine Wut gegen alles, was deutsch ist, auszulassen und vor allem die Waffenehre des deutschen Weltkriegsheeres zu besudeln, in dessen Reihen doch Polnischstämmige des ehemals preußischen Teilgebietes zu Tausenden willig mitgekämpft haben, ja, dem sogar — wenn auch nicht in großer Anzahl — Freiwilligenbataillone aus den anderen Teilgebieten Polens zugeströmt waren. Für den unbefangenen Beurteiler wird es schon heute immer klarer, daß die unter der Kriegspsychose unvermeidlichen Ausschreitungen Einzelner nicht verallgemeinert werden dürfen zu Lasten eines bestimmten Heeres, und der Wutausbruch des Herrn Kierski wird diese sich anbahnende geschichtliche Erkenntnis nicht im geringsten erschüttern können.

Der beste Beweis, daß Ausschreitungen im Kriege nicht zu verhindern sind, bilden die Grenzschutzkämpfe von 1919/20. Was die Verwendung technischer Hilfsmittel von großer Zerstörungskraft, was die Intensivität des beiderseitigen kriegerischen Willens anbelangt, verdienen diese Kämpfe beinahe den Namen „Kartoffelkrieg", und doch hat die unbeteiligte Zivilbevölkerung unter ihnen verhältnismäßig mehr leiden müssen, als die feindliche Bevölkerung Frankreichs im Weltkriege. Fragen Sie die Angrenzer der Demarkationslinie, die deutschen wie die polnischen, was sie damals an Quartiergästen und „Requisitionen", für die sie vielfach bis heute keinen Pfennig gesehen haben, an Internierungen und Erlassen von Ortskommandanten, die durch keinen Kriegszweck zu rechtfertigen waren, auszuhalten hatten. Doch davon wollen wir schweigen. Aber etwas anderes: Herr Kierski knüpft an den Brand von Kalisch an und macht natürlich ausschließlich die deutschen Soldaten für ihn verantwortlich. Wie sind die Tatsachen?

Nachprüfungen haben ergeben, daß dieser Brand Landwehrformationen in Rechnung zu stellen ist, die sich zum größten Teil aus polnischen Kreisen Posens rekrutierten. Von Kompagnieführern, die im Weltkriege Kompagnien mit polnischem Ersatz führten, wird uns übereinstimmend die Beobachtung mitgeteilt, daß sich diese Leute auf Grund einer gewissen Verbissenheit im Temperament viel schwerer von Ausschreitungen abhalten ließen, als Ersatz aus West- und Süddeutschland.

Ähnliche Erscheinungen müssen sich schon 1870 geltend gemacht haben. Die Ulanen, die seither in Frankreich so verhaßt sind, waren damals eine Truppe nicht nur polnischen Ursprungs und polnischer Tradition, sondern auch eine Truppe, die sich vorzugsweise aus den polnischsprechenden Teilen Preußens ergänzte. Wir wollen von allen sonstigen Belegen absehen und nur einen — wirklich unbefangenen — Zeugen anführen, den Pfarrer Klein, Verfasser der „Froschweiler Chronik", der ja mehr vom französisch-elsässischen als vom deutschen Standpunkt aus die Vorgänge bei der Schlacht von Wörth schildert und wohl kaum in den Verdacht eines Hakatisten kommen wird. Er erzählt von den Mißhandlungen von Zivilpersonen durch deutsche Soldaten, die sich noch erst recht verschlimmerten, als die Gequälten sich als evangelische Christen ausgaben; „und die Peiniger," sagt er, „waren Polen!"

Um das rechte Weichselufer.

Der „Głos Poranny" erhält vom polnischen Grenzkommissar Grafen Szembek folgende Erklärung über die Frage des rechten Weichselufers:

„Der Botschafterrat hat nicht nur Polen nach der Abstimmung in Ostpreußen auf dem rechten Weichselufer durch die Note vom 12. August 1920 fünf Gemeinden, den Hafen in Koczeniów und den Brückenkopf bei Opalenie zuerkannt, sondern seine Entscheidung noch einmal am 23. Juli 1921 bestätigt. Da alle Mitglieder mit der Grenzlinie, die vom Botschafterrat festgelegt war, aus verschiedenen Gründen nicht einverstanden waren, hat die Kommission am 27. August die Grenze endgültig festgesetzt. Nach dieser Entscheidung versuchte man von seiten der Alliierten einen Meinungsaustausch zwischen dem polnischen und deutschen Grenzkommissar zu erzielen, um so die Mängel der Grenze zu beseitigen. Zu diesem Meinungsaustausch ist es jedoch nicht gekommen.

Eine erneute Beschäftigung mit der Angelegenheit durch den Botschafterrat und ihre Überweisung an das interalliierte geographische Komitee änderte nichts an der Tatsache, daß die fünf Gemeinden, der Hafen Koczeniów und der Brückenkopf bei Opalenie im Sinne der beiden Noten des Botschafterrates endgültig am 27. August d. Js. Polen zuerkannt wurden. Mit Recht hat auch die polnische Regierung durch den polnischen Gesandten in Paris erklären lassen, daß sie mit keiner Änderung der Grenzlinie, die unsern Besitzstand am rechten Weichselufer schmälern würde, einverstanden ist.

Die Grenze vom 27. August d. Js. am rechten Weichselufer ist noch nicht besetzt. Dort gilt bis jetzt die Demarkationslinie der Abstimmungskommission, die am 16. August 1920 festgesetzt wurde. Den Befehl zur Besetzung der endgültigen Grenzlinie wird der Vorsitzende der Grenzkommission, Oberleutnant Gardan, herausgeben, sobald er den gemäßen Auftrag vom Botschafterrat erhält. gez. Szembek, Grenzkommissar.

Die Oberschlesien-Verhandlungen.

Beschränkung der Abstimmungspolizei.

Kattowitz, 22. Dezember. Durch eine Verordnung der interalliierten Kommission wurde die Zahl der oberschlesischen Polizei, der sogenannten Abstimmungspolizei, wie auch der Gemeindepolizei verringert. Deshalb wurden etliche 1000 Polizeibeamte arbeitslos. Wie berichtet wird haben sich hiesige maßgebende Kreise an die interalliierte Kommission gewandt mit der Bitte, diese Verordnung in Hinsicht auf die öffentliche Sicherheit aufzuheben.

Die Bismarckhütte in englische Hände.

Die „B. Z. am Mittag" berichtet, daß gegenwärtig Verhandlungen über die Abtretung von Aktien der Bismarckhütte in Hajduk bei Kattowitz an ein gewisses englisches Konsortium stattfinden. In diesen Tagen sollen die englischen Sachverständigen die Bismarckhütte besichtigt haben. Die Formalitäten der Abtretung sollen Ende Januar beendet sein. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bismarckhütte widerspricht zwar dieser Nachricht aber die Zeitung hält entschieden daran fest daß tatsächlich Verhandlungen im Gange seien.

Eisenbahnerstreik.

Kattowitz 22. Dezember. Der Eisenbahnerstreik, der Donnerstag im Gleiwitzer Kreise begann, wurde beendet, da sich die Eisenbahndirektion bereit erklärt hat, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

Neuer Aufstandsplan in der Ukraine.

Wien, 22. Dezember. Aus einer den ukrainischen Kreisen nahestehenden Quelle wird mitgeteilt: Vor einer Woche fand in Wien eine Begegnung der Vertreter der Regierungen Petljuras und Petruschewitschs statt. Einem noch unbestätigten Gerücht zufolge war auch ein Delegierter Sawinkows zugegen. Es wurde die Frage eines neuen Aufstandes in der Ukraine aufgeworfen, der zu Beginn des Frühjahrs geplant ist. Das bezeichnendste an dieser Beratung ist die Verständigung zwischen den Anhängern Petljuras und Petruschewitschs.

Die Londoner Besprechungen.

Eine Fünf-Mächte-Konferenz Anfang Januar.

Aus London wird gemeldet: Am Mittwoch tagte die Konferenz von 1 Uhr mittags bis 12 Uhr nachts. Sie setzte die Prüfung des Standes der Reparationsfrage fort und zog dabei die Verhältnisse in Deutschland und die Hilfsquellen in Betracht, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu Gebote stehen. Außerdem erwog die Konferenz Mittel zur Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Europas. Wie es heißt, hat Lloyd George für Anfang Januar eine Fünf-Mächte-Konferenz vorgeschlagen, zu der auch die Vertreter Rußlands und Deutschlands eingeladen werden sollen.

Durch Lloyd Georges Vorschlag scheint also der Gedanke einer europäischen Finanzkonferenz, an der auch Deutschland und Rußland teilnehmen sollten, feste Formen zu gewinnen. Auch Frankreich hat wohl endlich einzusehen angefangen, daß ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege zur Wiedergesundung Europas nur dann erzielt werden könne, wenn diese beiden Hauptbeteiligten angehört werden. Freilich bedeutet diese Hinzuziehung Deutschland und Rußlands zur Lösung der europäischen wirtschaftspolitischen Probleme eine Aenderung der bisher von Frankreich beiden Ländern gegenüber befolgten Politik. Lloyd George weiß das sehr wohl und arbeitet gerade auf diese notwendige politische Schwenkung Frankreichs hin. Das geht aus der weiter unten wiedergegebenen Stellungnahme der englischen Regierung zu der französischen „Garantie-Note" unzweideutig hervor. Dieselbe Note läßt aber auch erkennen, wie groß der innere Widerstand Frankreichs gegen eine volle Verwirklichung der englischen Absichten sein wird. Denn allein schon die Errichtung einer neutralen Zone links vom Rhein würde einen dicken Strich durch die bisherige militärische Okkupationspolitik Frankreichs bedeuten. Es ist mehr als fraglich, ob die französische Regierung, ob Briand, der sich in dieser Richtung völlig einseitig festgelegt hat, ein Aufgeben der bisher so hochgepriesenen „Pfänder" seinem Volk wird plausibel machen können und wollen.

Der Standpunkt Frankreichs und Englands.

Nach dem „Manchester Guardian" soll Frankreich bereit sein, einem teilweisen bzw. vollständigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zuzustimmen, jedoch unter gewissen Bedingungen. Die französische Note erkläre weiter, es müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden Jahre seine Reparationen zu zahlen.

Die von Frankreich geforderten Garantien umfassen die Kontrolle über die deutschen Zölle und die Forderung, daß die Reichsbank dieselbe Unabhängigkeit erhalten soll, wie sie die Bank von England oder die Bank von Frankreich besitzen, daß sie nicht auf Geheiß der deutschen Regierung eine unbeschränkte Menge von Papiergeld auszugeben braucht.

Großbritannien dagegen soll bereit sein, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationsschwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zwecke sei Großbritannien bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. Großbritannien gibt seine gesamten Forderungen an Deutschland auf unter der Begründung, daß das „verwüstete Gebiet" Großbritanniens sein Handel ist, und daß die einzige Art der Erholung, der Wiederherstellung des europäischen Handels, an die Beseitigung der künftig durch ein fruchtloses Reparationssystem geschaffenen Atmosphäre geknüpft ist.

Die erste und wichtigste Bedingung, auf die Lloyd George dringen werde, sei, daß Frankreich sowohl zu Lande als auch zur See abrüste. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abrüstung geforderte Sicherheit soll dadurch garantiert werden, daß die augenblicklich von den alliierten Truppen besetzte Zone westlich des Rheins neutralisiert werde. Diese Neutralität würde von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Jede Partei, die Truppen in diese Zone sende, soll von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Für Deutschlands passive Neutralität habe dies laut „Manchester Guardian" den Reiz, daß die französischen Truppen unverzüglich aus der Rheinzone gezogen würden. Für Frankreich habe es den Vorteil, daß es eine endgültige Garantie für seine Sicherheit erhalte, falls Deutschland die neutrale Zone verletzen sollte.

Wie das Londoner Blatt weiter berichtet, will Lloyd George nach der Regelung der Reparations- und der Abrüstungsfrage die Frage des nahen Ostens in Angriff nehmen. Frankreich soll endgültig ersucht werden, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Lloyd George werde voraussichtlich erklären, Großbritannien sei grundsätzlich entschlossen, Rußland sofort anzuerkennen. Die französische Regierung sei bereit, die Sowjetregierung unter ähnlichen Bedingungen anzuerkennen, wie sie sie für die Gewährung des Moratoriums an Deutschland stelle. Als Ergebnis der Erörterungen zwischen Briand und Lloyd George werde die Einberufung des Obersten Rates zu Beginn des nächsten Jahres zur Regelung des gesamten europäischen Problems und der Frage des nahen Ostens erwartet.

Die Vorschläge der Sachverständigen.

Aus London wird gemeldet: Die Sachverständigen haben einstimmig Lloyd George und Briand folgende Vorschläge gemacht:

1. Deutschland könne und müsse die Januar- und Februar-Raten bezahlen.

2. Falls ein Moratorium entweder ganz oder teilweise bewilligt werden sollte, so müßten die Vollmachten des nach dem Versailler Vertrag bestehenden Garantiekomitees eine Ausdehnung in dem Sinne erfahren, daß sie auch die Kontrolle der deutschen Finanzen beeinflussen.

Bei den Besprechungen der Finanzkonferenz beharrten die französischen Sachverständigen auf ihrer Ansicht, daß Deutschland imstande sei, die Januar-Rate zu zahlen. Ferner drangen sie darauf, daß festgestellt werde, ob Deutschland nicht imstande sei, außerdem noch 150 Millionen Goldmark von den weiteren Zahlungen für 1922 aufzubringen.

Eine Konferenz der Außenminister.

Paris, 21. Dezember. Die Havas-Agentur erfährt, daß am 8. Januar eine Zusammenkunft Lord Curzons mit Briand und della Toretta stattfinden wird. Die Havas-Agentur er-

der Ansicht, daß die Konferenz etliche Wochen dauern wird, da viele Angelegenheiten der Erledigung harren.

Verständigung?

Die letzten Nachrichten aus London widersprechen einander. Während eine besagt, daß eine Verständigung in London unmöglich ist und deshalb die Verhandlungen abgebrochen wurden, versichert der „Petit Parisien", daß es doch noch zu einer Verständigung der Sachverständigen kommen wird. England werde sich entschieden dem Standpunkt Frankreichs anpassen. „Petit Parisien" sagt, daß der Vorschlag der Sachverständigen der Art sein wird, daß man die Bitte Deutschlands bezüglich der Wiedergutmachungen nicht erhören wird. Die Alliierten werden sich dagegen auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland als erste und zweite Rate der allgemeinen Summe 500 Millionen Mark bezahlen soll, daß dann aber die 275 Millionen Mark, die Deutschland als 26prozentige Abgabe von der Ausfuhr bezahlen sollte, fortfallen. Weiter sollen die Sachverständigen die Erweiterung der Kompetenzen der Garantiekommission fordern. Moucher, der belgische Gesandte in London, erhielt die Versicherung von Briand, daß das Vorrecht auf die deutschen Zahlungen Belgien zustehen wird.

„Daily Chronicle" bringt die Nachricht, daß heut oder morgen Deutschland die Mitteilung zugehen soll, daß es als Januar- und Februar-Rate 500 Millionen Mark in Gold zahlen soll. Eine Drohung, Deutschland zu bestrafen, falls die Raten nicht übermittelt werden, wurde nicht beigefügt, da Lloyd George sich entschieden widersetzt.

Briands Abreise.

De „Danziger Neuesten Nachrichten" erfahren von ihrem Londoner Berichterstatter:

Ursprünglich hatte Briand beabsichtigt, schon heute, Mittwoch, nach Paris zurückzureisen. Er hat aber nun erklärt, daß seine Reise auf Donnerstag oder vielleicht auf Freitag verschoben sei. Die Konferenz würde also spätestens Freitag zu Ende gehen, denn auch Lloyd George beabsichtigt am Freitag nach seiner Heimat Wales abzureisen, um dort seine Weihnachtsferien zu verbringen. Die Reparations- und Stundungsfrage ist nun glücklich im Hafen der Sachverständigen gelandet. Mehr als die Feststellung des Programms für die Januar-Konferenz der Entente und mehr als einen Beschluß darüber, was Deutschland im Januar und Februar eventuell zu zahlen haben wird, wird man kaum von den gegenwärtigen Besprechungen erwarten können.

Die Vorschläge Lloyd Georges über eine Anbahnung normaler Beziehungen mit Rußland und Deutschland können sowieso nicht endgültig geregelt werden, da Briand über diese Fragen bis jetzt weder mit seinen Ministerkollegen gesprochen hat, noch die öffentliche Meinung im Parlament, noch die des ganzen Landes zu Rate ziehen konnte. Die großen Fragen einer Aktion mit Deutschland und Rußland zum Zwecke des eigentlichen Wiederaufbaues Europas wurden im französischen Parlament überhaupt noch nicht berührt. Aber einmal wird Briand doch der Strömung Rechnung tragen müssen, die sich für eine Entscheidung in dieser Frage geltend macht und noch geltend machen wird.

Die Washingtoner Konferenz.

Immer noch keine Einigung.

Die Beratungen der Kommission für Abrüstung zur See wurden vertagt. Der Vorsitzende verlas einen Brief Hughes', der Kenntnis davon gibt, daß es infolge der Erklärung Briands über den Bau von Schiffen durch Frankreich zu keiner Verständigung kommen wird. Von dem Standpunkt Frankreichs ist der Vertrag zwischen Frankreich, England, Amerika und Japan abhängig.

Viviani über die Konferenz.

Paris, 22. Dezember. Während einer Unterredung mit Journalisten erklärte Viviani, daß die Washingtoner Konferenz auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht habe. Praktische Ergebnisse auf dem Gebiete der Abrüstung werden erst dann erzielt werden können, wenn alle interessierten Völker sich auf diesem Gebiet verständigen, wenn in Bezug auf Deutschland vollkommene Sicherheit gegeben ist. und wenn Deutschland sich verpflichtet hat keine Giftgase mehr zu fabrizieren. Was die Flotte anbetrifft und besonders die Unterseeboote, so unterliegt es keinem Zweifel. daß Frankreich, ähnlich wie Großbritannien. eine starke Flotte zur Sicherung der Verbindungen zwischen dem Mutterlande und den Kolonien nötig habe.

Konferenz der Randstaaten in Reval.

Reval, 22. Dezember. Hier findet zurzeit die Wirtschaftskonferenz der baltischen Randstaaten statt, an welcher außer Litauen. Lettland und Estland auch Finnland beteiligt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vertreter dieser Städte auch einen Vertreter Polens zu diesen Konferenzen hinzuziehen werden. Die litauische Presse mißt dieser Konferenz eine nicht geringe Bedeutung bei und betont vor allem, wie wichtig die Beteiligung Finnlands an dieser Konferenz ist.

Die polnisch-Danziger Verhandlungen.

Warschau, 23. Dezember. Die Verhandlungen mit der Danziger Delegation über Zollangelegenheiten wurden beendet. In allen Angelegenheiten wurde eine vollkommene Verständigung erzielt. Die Danziger Delegation ist bereits aus Warschau abgefahren.

Aus Danzig wird berichtet, daß der Danziger Volkstag sich nach der Donnerstagsitzung bis zur zweiten Hälfte des Januar vertagt hat. Während der Ferien wird eine Sitzung stattfinden, in der der polnisch-Danziger Vertrag ratifiziert werden soll. Die Mehrheit des Sejm werde sich für die Ratifizierung dieses Vertrages erklären.

Warschauer Blätter schreiben: Da in einflußreichen Danziger Kreisen sich eine starke Strömung gegen die Ratifizierung des Vertrages mit Polen bemerkbar macht, versicherten die in Warschau anwesenden Danziger Senatoren, daß die Ratifizierung noch vor Weihnachten erfolgen wird, so daß der Vertrag am 1. Januar in Kraft treten kann.

Danzig und Deutschland.

Danzig, 23. Dezember. Die Zeitungen veröffentlichen den Text der Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes in Danzig, des Generals Hacking, über die Rechtsverhältnisse zwischen Danzig und dem deutschen Staat. Wie bekannt, wurde im August v. Js., das heißt noch zu Regierungszeiten der Alliierten in Danzig, ein entsprechender Vertrag zwischen Danzig und dem Deutschen Reich geschlossen. Polen lehnte damals die Ratifizierung dieses Vertrages ab. Der Senat hat deswegen einen Protest bei dem Oberkommissar des Völkerbundes eingelegt, der gegenwärtig eine Erklärung in dieser Angelegenheit herausgab. General Hacking erklärt in der Einleitung, daß der Art. 2 des polnisch-Danziger Vertrages vom 9. November 1920 Polen die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt überträgt. Dieser Beschluß umfaßt auch die unmittelbaren Rechtsverhältnisse und alle anderen Beziehungen zwischen der Danziger Regierung und Polen. Darum können im Sinne dieses Artikels alle diese Angelegenheiten nur durch Polen geführt werden. General Hacking bespricht darauf die Motive des Danziger Protestes und erklärt:

„Im Sinne des Versailler Vertrages ist Danzig „Freie Stadt" und unabhängiger Staat geworden. Wenn sein Gebiet auch klein ist, so hat es doch dieselben Vorteile politischer Unabhängigkeit wie andere Staaten und muß auch gewisse Lasten übernehmen, die mit dem Standpunkt verknüpft sind, auf den es die Verbandsmächte gestellt haben. Es scheint, daß die Tatsache einer engen Verbindung Danzigs mit Deutschland Danzig weniger Vorteile bringen könne, dagegen kann diese Verbindung ernste wirtschaftliche Verluste wegen der wirtschaftlichen und politischen Lage Danzigs bewirken. Die Tatsache einer engen Verbindung Danzigs mit Polen wäre sehr erwünscht und für Danzig auch nützlicher. Mit Rücksicht darauf, daß Danzig bezüglich der Grenzen sich in Beziehung zu Deutschland in derselben Lage befindet wie Polen, ist es notwendig, die Erlaubnis zu erteilen, daß Danzig mit allen Staaten rechtliche Beziehungen ähnlich denen, wie sie zwischen Polen und Deutschland bestehen bzw. angeknüpft werden, aufrecht erhält. Ich entscheide deshalb: Die polnische Regierung wird, um einen Rechtsvertrag zwischen Danzig und Deutschland zu ermöglichen, Danzig dieselben Erleichterungen bieten, wie sie sie in derselben Angelegenheit in dem Vertrage mit Deutschland vorsieht."

Sowjetrußland.

Tätigkeitsbericht des Revolutionstribunals.

Moskau, 21. Dezember. Der Präsident des Moskauer Revolutionstribunals veröffentlichte den Bericht von der Tätigkeit dieses Tribunals der letzten vier Jahre. Im Laufe dieser Zeit wurden Urteile in 756 Angelegenheiten gefällt, in denen 2982 Personen dem Gericht übergeben wurden. Verurteilt wurden 2402 Personen, freigesprochen 580. Wegen Gegenrevolution wurden 219, wegen Amtsvergehens 642, wegen Spekulation und Übergriffen 965, wegen anderer Vergehen 570 verurteilt; an Todesurteilen wurden 978 gefällt. Aus Anlaß der Veröffentlichung dieses Berichtes fand in Moskau eine Feier statt, an der die ganze Regierung teilnahm. In Krasnaja Ploszczad fand eine Besichtigung der besonderen Roten Abteilungen statt. Die hervorragendsten Mitglieder der Tscherreswyczajka erhielten bei dieser Feier Geschenke.

Krassin in Ungnade.

Moskau, 21. Dezember. Krassin, der Verhandlungen mit England führt, soll angeblich das Vertrauen der Sowjets wegen eines Berichtes verloren haben, in dem er mitteilte, daß sich eine neue Sowjetregierung, der nicht so kompromittierte Leute wie Lenin und Trotzki angehörten, des Vertrauens der englischen Finanzkreise erfreuen würde. Krassin gab zu verstehen, es sei ihm in England vorgeschlagen worden, die Bildung einer neuen Moskauer Regierung zu übernehmen.

Das Problem des Nahen Ostens.

Bukarest, 21. Dezember. Nach Angora und Athen sind Einladungen zu der Konferenz in Paris in Sachen einer Lösung des griechisch-türkischen Konflikts ausgesandt worden. Die Konferenz der englischen, französischen und italienischen Außenminister soll die Delegierten beider Teile anhören, worauf sie dieselben fragen wird, ob sie mit der Annahme einer Entscheidung der Konferenz einverstanden sind.

Bukarest, 21. Dezember. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Vertreter Frankreichs hat im Einvernehmen mit dem Vertreter Englands dem griechischen Oberkommando vorgeschlagen, die Kriegsoperationen bis zur Konferenz in Paris einzustellen.

Enver Pascha taucht wieder auf.

Moskau, 21. Dezember. Den „Iswestija" wird aus Tiflis gemeldet: Dem „Tschakatamari" zufolge richtete Enver Pascha an Kemal Pascha ein Schreiben, in dem er sich bereit erklärt, der Türkei zu dienen. Die große Nationalversammlung von Angora nahm den Vorschlag nicht an, da sie Enver Pascha für einen Verbrecher hält.

Amerika und die deutschen Kolonien.

Erneute Aufrollung der Mandatsfrage?

Der „Neuyork Herald" meldet aus Washington, Amerika sei im Begriff, über eine ganze Reihe von Verträgen mit den Ländern zu verhandeln, welche auf Grund des Versailler Vertrages Mandate besäßen. Dies geschähe auf Grund der Tatsache, daß Amerika es abgelehnt hat, dem Völkerbund beizutreten. Der große Druck, welchen die Vereinigten Staaten auf die an den Mandatsgebieten interessierten Regierungen ausüben könnten, gründe sich darauf, daß Amerika niemals die Rechtsgültigkeit der Übertragung deutschen Gebietes auf die betreffenden Nationen anerkannt hat.

Diese Absicht Amerikas, die Mandatsfrage erneut anzuschneiden, wird den Ententemächten nicht gerade sehr angenehm sein. Es zeigt sich immer mehr, daß es zwar eine verhältnismäßig einfache Sache war, dem wehrlos gemachten Deutschland im Versailler Vertrage seine gesamten Kolonien wegzunehmen, daß es aber nicht ganz so einfach ist, diesen fetten Bissen zu verdauen — weil die Interessen der alliierten und assoziierten Hauptmächte sich hierbei recht erheblich kreuzen.

Tagung der internationalen Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hielt eine Tagung ab, an die sich in der Festhalle eine öffentliche Versammlung anschloß. Als erster Redner in der öffentlichen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Crispien. Nach ihm hielt der französische Abgeordnete Longuet eine Rede in französischer Sprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Wir französischen Sozialisten haben niemals Zutrauen zu den Versprechungen unserer Regierung gehabt. Es ist nicht möglich, daß eine Politik der Reparationen der Menschheit das Glück bringt. Die Politik der Reparationen hat jetzt bereits bankerott gemacht. Die Konsequenz aus dem Bankerott ist, daß die Volkswirtschaft statt durch Besetzung, durch die gemeinsame Arbeit der deutschen und französischen Arbeiter wieder gutgemacht werden soll. Der französische Kapitalismus wünscht aber, daß die Politik der Reparationen 25 Jahre lang weiter geführt wird, damit er sich bereichern kann und der geheime Haß weiter lebt.

Reichstagsabgeordneter Adler überbrachte die Grüße der österreichischen Sozialdemokraten. Der Führer der englischen unabhängigen Arbeiterpartei Wallhead erklärte unter anderem: Früher hatte man gesagt, der deutsche Militarismus sei ein Hindernis für den Frieden, jetzt aber, da dieser deutsche Militarismus begraben sei, sei der Militarismus in andern Ländern oben auf. Allein der Sozialismus könne die Welt vor dem Untergange retten. Diese Rede Wallheads wurde vom Reichstagsabgeordneten Ledebour übersetzt, der darauf in einer Rede die Einigkeit der revolutionären Tat in Deutschland und in den andern Ländern forderte.

Politische Tagesneuigkeiten.

Ablieferung des Riesendampfers „Columbus" an die Entente. Der auf der Danziger Schichauwerft erbaute 42 000 Tonnen-Dampfer „Columbus" hat die Danziger Reede verlassen und sich nach Hamburg begeben, wo er unter dem Namen „Homeric" von englischer Besatzung der White Star-Linie übernommen wird, um an die Entente abgeliefert zu werden. Ein Schwesterschiff dieses Riesendampfers liegt bereits in Danzig auf Stapel; es soll den Namen „Columbus" erhalten und wird vom Norddeutschen Lloyd für den Passagierdienst nach Neuyork verwendet werden.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(17. Fortsetzung.)

Sie reichte ihr den Brief und stand eine Weile wie überlegend. Dann fuhr sie fort:

„Was ich noch sagen wollte: Ich habe den Bastl gebeten, herzukommen. Und Du — wenn's zum ärgsten kommen sollt, dann bitt' ich ihn, daß er dableibt und die Wirtschaft führt, bis .... bis ..."

Ihre Stimme schwankte und erlosch wie ein Licht, das der Sturm ausgeblasen hat. In ihren Augen war ein starrer, abweisender Ausdruck.

Mit weit aufgerissenen Augen umklammerte Marei ihren Arm.

„Justina — um Tausendgotteswillen — was soll denn das alles bedeuten? Ich verstehe ja nichts ...! Zum ärgsten? Was — meinst — Du — damit?"

Justina schob sie ungeduldig von sich.

„Frag nicht so viel! Tu, was ich Dir gesagt habe und kümmere Dich nicht um anderes! Ich lebe ja auch noch ... und so Gott will, wird alles gut werden. Jetzt geh, Marei!"

Taumelnd schlich Marei hinaus.

Das war es! Jetzt wußte sie es: das hatte Konrad gestern so gedrückt. Auch er hatte es kommen sehen auf den Lippen gehabt und ihr doch nicht zu sagen gewagt! Darum warnte er sie vor den Leuten. Darum sagte er, sie seien schlecht. Weil sie diesen furchtbaren Verdacht auf den Andres warfen ...

Und jetzt? In ihrem Kopf schoß alles wirr durcheinander. Schrecken, Mitleid, wahnsinnige Angst. Und sie sollte sich nichts merken lassen ...!!

Verzweifelt flüchtete sie sich in den Garten zu den Kindern, die sie schluchzend küßte, wieder und wieder, taub für ihre erschreckten Ausrufe, stumm auf ihre Fragen.

Plötzlich fiel ihr der Brief an den Bruder ein. Der mußte sogleich bestellt werden. Ja, Bastl sollte kommen, sie brauchten ja alle nötig eine Stütze ...

„Kommte, Kinder, wer müssen einen Gang in den Ort machen für die Mutter."

VII.

„Na, was habe ich gesagt? Wer hat jetzt recht — ich oder Du? Es ist doch wahr, daß die Brintnerschen den alten Mann ermordet haben!"

Mit diesen Worten trat Frau Kreibig in das Zimmer ihres Bruders, der am Schreibtisch saß.

Rechnungen und Geschäftsbriefe lagen vor ihm auf der Tischplatte ausgebreitet, und er schrieb eilig, denn er war fünf Tage vereist gewesen, um im Süden Weineinkäufe zu machen. Jetzt galt es, daheim die versäumte Arbeit nachzuholen.

Ärgerlich über die Störung hielt er im Schreiben inne und sagte, ohne den Kopf zu wenden oder die Feder wegzulegen:

„Kommst Du mir schon wieder mit der leidigen Geschichte? Als ob durch Brintners Verhaftung etwas bewiesen wäre! Es gibt, wie ich Dir versichern kann, in Kalkreut ebenso viele Leute, die ihn für völlig unschuldig halten als—"

„O nein, heute nicht mehr! Aber Du weißt ja noch nichts, da Du erst gestern abend zurückgekommen bist! Schon bald nach Andres Brintners Verhaftung munkelte man, er habe dem Untersuchungsrichter gegenüber seine Frau verdächtigt!"

„Dummes Gewäsch! Wie kann man derlei nachschwätzen!"

„Warte doch. Es ist keine Albernheit. Heute kannst Du es von jedermann in Kalkreut erfahren, daß es — wahr ist! Brintner ließ sich gestern abend dem Untersuchungsrichter selbst vorführen. Er sagte, es drückte ihn schon die ganze Zeit her, und nun müsse er es aussprechen: Sein Frau und Konrad Fercher hätten den Vater umgebracht!"

Valentin Foregger warf die Feder hin und fuhr herum.

„Das hätte der Brintner gesagt? Er selbst?"

„Ja. Aber er selbst sei unschuldig und habe mit der ganzen Sache nichts zu tun. Nur jetzt, wo er Zeit zum Nachdenken habe, sei es ihm immer klarer geworden, die beiden müßten es getan haben. Die Frau haßte den Vater immer, weil er ihm im Wege war und sein Geld nicht auch unter die Kinder verteilt habe. Öfter habe sie zu ihm, den Andres, gesagt: „Du wirst sehen, er vermacht noch einmal alles Fremden und Du gehst leer aus! Aber wenn nur Du weg wärest, den Großvater würde ich dann schon bald wegbringen." Weil aber der Sohn nicht zu haben war zu einer Gewalttat, so habe sie sich den Fercher dazu genommen, der ihr Liebhaber sei. Daraufhin, weil Brintner diese Angaben mit voller Bestimmtheit machte, wurden seine Frau und der Zahlmeister Fercher noch gestern abend verhaftet."

„Und sie? Was sagte sie dazu?" fragte der Geschäftsleiter gespannt.

„Beide wurden noch in der Nacht mit Brintner konfrontiert und sollen ihm anfangs wie erstarrt zugehört haben. Dann riefen sie fast zugleich: „Aber, der ist ja närrisch geworden!" Nicht ein Wort ist wahr!"

Valentin nickte. „Das dacht ich mir! Der Brintner-Andres war ja immer ein heimlicher Säufer. Der weiß vielleicht gar nicht, was er zusammenredet!"

„Wie — das ist Dir noch immer nicht Beweis genug? Daß sie nun alle drei in Haft und des Mordes angeklagt sind?"

„Noch ist die Anklage nicht bewiesen!"

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

** **Separatistischer Putsch im Rheinland.** Der Führer der Sonderbündler, Smeets, kündigt nunmehr den vorgesehenen separatistischen Putsch an. In seinem Organ „Die Rhein-Republik“ gibt er die Parole aus, sich in Bereitschaft zu halten.

** **Aus dem Reichstagsausschuß für Steuerfragen.** Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde der Antrag des Unterausschusses Lange-Hegermann (Zentrum) und Dr. Becker (Deutsche Volkspartei) zur Grundlage der Verhandlungen über die neue Fassung des Einkommensteuergesetzes gemacht. Dieser Antrag sieht eine Staffelung der Einkommensteuer wie folgt vor: Für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 M. steuerbaren Einkommens 10 Prozent, für die weiteren 10 000 M. 15, für die weiteren 20 000 M. 20 Prozent, für die weiteren 20 000 25 Prozent, für die weiteren 100 000 M. 30 Prozent, für die weiteren 100 000 M. 35 Prozent, für die weiteren 200 000 M. 40 Prozent, für die weiteren 500 000 M. 45 Proz., für die weiteren 500 000 M. 50 Proz., für die weiteren 500 000 M. 55 Prozent; für die weiteren Beträge 60 Proz. § 26 erhält unter Abänderung der Zahlen des Antrages Marx-Emminger die Fassung, daß sich die Einkommensteuer um 240 M. ermäßigt für die Steuerpflichtigen bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 50 000 M. und um 240 M. ermäßigt für die nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau des Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von ebenfalls 50 000 M. und mit je 360 M für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 200 000 M. beträgt. Der Antrag Dr. Herz und Gens schlägt für den § 46 vor, als abzugsberechtigt bei abzugspflichtigen Lohn- und Gehaltsempfängern folgende Sätze einzuführen: als zulässige Abzüge gelten im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate 45 M. monatlich, für volle Kalenderwochen 10,80 M. wöchentlich, für volle Arbeitstage 1,80 M. täglich, für je zwei weitere angefangene oder volle Arbeitsstunden 0,45 M. Diese Anträge Becker (Dtsch. Volksp.), Lange-Hegermann (Zentr.) in Verbindung mit dem Antrag Dr. Herz und Gens und unter Beibehaltung der sonstigen Grundlagen des Antrages Marx-Emminger wurde nunmehr vom Ausschuß angenommen. Die neue Gesetzesvorlage, in der das Rechnungsjahr durch das Kalenderjahr ersetzt ist, soll mit Wirkung vom 1. Januar ab in Kraft treten.

** **Sprengung der Brunsbütteler Luftschiffhalle.** Nachdem infolge des Sturmes in der vergangenen Nacht etwa ein Drittel der noch stehenden Teile der Brunsbütteler Luftschiffhalle zusammengestürzt war, wurden heute mittag die Sprengungen fortgesetzt. Bei den Sprengungen stürzten nach dem dritten Sprengversuche die ganzen noch stehenden Teile der Halle in sich zusammen. Nur noch ein großer Trümmerhaufen ist von der Halle übrig geblieben.

** **Erhöhung der deutschen Fernsprechgebühren um 80 Prozent.** Aus Berlin wird gemeldet: Der Reichsrat nahm das Gesetz über die Änderungen der Post- und Telegraphengebühren und die Änderung des Postscheckgesetzes an. Für die Fernsprechgebühren ist eine Erhöhung um 80 Prozent vom 1. Januar 1922 an festgesetzt worden.

Freistaat Danzig.

*† **Danziger Textilindustrie.** Es trafen hier die Vertreter des polnischen Textilindustrieverbandes ein, um Verhandlungen mit der Organisation der Danziger Textilkaufleute über die Versorgung Danzigs mit polnischen Textilerzeugnissen zu führen. Diese Konferenz ist die Folge des Zollbündnisses zwischen Danzig und Polen gemäß dem polnisch-Danziger Handelsvertrag.

*† **Von der Handelskammer.** Ende dieses Jahres wird der bisherige Vorsitzende der Danziger Handelskammer, der Rat Wieler, sein Amt niederlegen. Wie man hört, wird als sein Nachfolger Herr Klawitter genannt.

*† **Russisches Konsulat.** Das Organ der Danziger unabhängigen Sozialisten, die „Freiheit“ berichtet, daß zum Konsulatvertreter Sowjetrußlands in Danzig der kommunistische Abgeordnete zum Danziger Volkstag Rahn gewählt wurde.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 23. Dezember.

Eine Optionserschwernis.

Bekanntlich wird für die Option die Vorlegung der Geburtsurkunde gefordert. Die Beschaffung dieser Geburtsurkunden ist wegen des gegenwärtigen großen Andranges von Optierenden beim hiesigen Standesamt mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft. Gefordert wird hierbei die Vorlegung des Wykaz osobisty für jede einzelne Person, also auch für über 14 Jahre alte Kinder, eine Forderung, die unseres Erachtens ganz überflüssig ist, da sie auf Kinder unter 14 Jahren keine Anwendung finden kann, weil diese eben noch keine Personalausweise führen. Wer sich aber einen unnötigen Gang ersparen will, der versehe sich mit den Personalausweisen für alle die Personen, für die er die Ausstellung von Geburtsurkunden fordert. Wie uns nun von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, wurde gestern den die Geburtsurkunden nachsuchenden Personen im Standesamt eröffnet, daß sie vor dem 13. auch 14. Januar auf die Aushändigung der Geburtsurkunden nicht rechnen könnten. Diese Urkunden haben für die Optierenden, da die Option bekanntlich bis zum 10. Januar erfolgt sein muß, auch nicht den geringsten Wert. Der betreffende Beamte eröffnete den Leuten, sie hätten sich eben früher um die Ausstellung der Urkunden bemühen müssen. Dieser Standpunkt ist durchaus ungerechtfertigt. Sehen wir einmal ganz davon ab, wie schwer heutzutage die Beantwortung der Frage, ob man optieren soll oder nicht, jedem einzelnen wird, so muß doch mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß die Ausstellung derartiger Urkunden nicht drei Wochen und noch länger dauern darf. In früherer Zeit konnte man auf die Ausstellung solcher standesamtlichen Bescheinigungen gleich warten. Wenn man nun auch zugeben will, daß das heut bei dem ungewöhnlich großen Andrange nicht möglich ist, so müssen doch schleunigst Maßnahmen getroffen werden, durch die ein größeres Eiltempo in der Ausfertigung der Geburtsurkunden gewährleistet wird. Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen! Reicht die Bureauzeit nicht aus, dann muß sie durch die Einführung von Überstunden ergänzt werden. Es darf unter keinen Umständen vorkommen, daß die Optionsabsicht, sei es eines deutschen, sei es eines polnischen Bürgers, an der Unzulänglichkeit irgend einer amtlichen Stelle scheitern darf. Wir haben uns stets gegen die Option ausgesprochen, aber schließlich ist doch jeder sein freier Herr, um selbst zu entscheiden, was er in der Hinsicht zu tun und zu lassen hat. Wir raten jedem, der weiterhin beim Standesamt einen derartigen Bescheid wie den obenerwähnten erhält, sich sofort beschwerdeführend an den stellvertretenden Oberbürgermeister Dr. Kiedacz im neuen Stadthause zu wenden.

Die Unsicherheit auf dem Lande.

In der vergangenen Woche berichteten wir von zwei Banditenüberfällen im Kreise Pleschen und im Kreise Wreschen, die die Unsicherheit auf dem Lande mit erschreckender Deutlichkeit grell beleuchteten. Jetzt berichtet die „Samter Ztg.“ in ihrer Nr. 148 über einen neuen Fall, der davon Kunde gibt, wie das Banditentum auf dem platten Lande immer frecher sein Haupt erhebt. Der Bericht, der für sich selber spricht, lautet:

„Achtung! Landwirte. Marterqualen hat ein Ehepaar in Zdrojken ausgestanden. Ein Besitzer gewährte zwei Männern auf deren Bitten in seiner Behausung ein Nachtlager. In der Nacht stand der eine von den Männern auf, schlich sich an das Bett der Eheleute und schlug mit einem eisernen Gegenstand auf die Frau ein, in der Meinung, den Hausherrn vor sich zu haben. Durch das Geräusch erwachte der Besitzer, sprang aus dem Bette in das Freie. Der andere Bandit folgte ihm nach. Auf dem Hofe kam es zur Schlägerei. Der Besitzer ergriff einen Knüttel, versetzte damit seinem Gegner einen Hieb, daß dieser zusammenbrach, und lief in das Dorf, um Hilfe. Die Banditen, ihrer drohenden Gefahr bewußt, setzten darauf in aller Eile die Besitzerfrau auf den heißen eisernen Ofen und verlangten die Angabe über den Versteck des Geldes. Als die Dorfbewohner am Tatorte erschienen, waren die Täter bereits verschwunden.

Das amtliche Stadtverordnetenwahlergebnis,

das gestern durch die Wahlkommission bekannt gegeben wurde, stimmt im großen Ganzen mit dem von uns in der Dienstagausgabe veröffentlichten Ergebnis überein. Kleine Zahlenverschiebungen haben sich nur bei den Listen 6 und 7 ergeben. Bei der Liste 6 (Verband der Kriegsinvaliden) wurden entgegen unserer Feststellung, die eine Stimmenzahl von 2448 ergeben hatte, nur 2368, d. h. 80 Stimmen weniger amtlich ermittelt. Für die Liste 7 wurden amtlich 24 348 Stimmen festgestellt, während wir 8 Stimmen weniger, d. h. 24 340 ermittelt hatten. Diese kleinen Stimmenunterschiede haben jedoch bei der Verteilung der Mandate keinerlei Verschiebungen herbeigeführt. Es bleibt demnach bei der von uns in der Mittwochausgabe als gewählt bekanntgegebenen Stadtverordneten.

Schwerer Sturmschaden.

Das heftige Sturmwetter der letzten Tage besonders am vergangenen Sonntag hat, wie nicht anders zu erwarten war, durch Abdeckung von Dächern, Umlegung von Zäunen, buchstäbliches Umwerfen von Scheunen, Entwurzeln von Bäumen usw., in den Städten, namentlich aber auch auf dem platten Lande furchtbaren Schaden angerichtet, dessen Höhe sich erst jetzt einigermaßen übersehen läßt und sich auf viele Millionen beziffert. Im Kreise Samter allein beträgt dieser Schaden in den Städten und auf dem platten Lande nach Mitteilungen, wie sie der „Samterschen Ztg.“ zugehen, Hunderte Millionen Mark.

Der Staatspräsident Josef Pilsudski trifft am nächsten Dienstag um 9 Uhr vormittags in Posen ein, um hier an der Feier des 27. Dezember teilzunehmen. Vorgesehen ist unter anderem ein Festgottesdienst in der Pfarrkirche, eine Truppenschau auf dem Plac Wolności (um 11 Uhr) und besondere Feiern im Rathaus, in der Universität und im Schloß. Nachmittags um 4 Uhr findet auf dem Alten Markt, vor dem Rathaus, ein feierlicher Umzug mit Gesang und Salutschießen statt. Der gesamte Straßenverkehr wird für drei Minuten eingestellt.

Reifeprüfung am Deutschen Gymnasium. Bei der am 20. Dezember unter Vorsitz des Kommissars des Kuratorjum Okręgu Szkolniego Poznańskiego, Prof. Rychlicki, abgehaltenen Reifeprüfung bestanden sämtliche in die Prüfung eingetretenen Primaner und Primanerinnen, und zwar in der Gymnasialabteilung Herbert Arendt, Günter Carst, Alfred Gumprecht, Heinz Jost, Anton Kosicki, Herbert Laube, Johannes Mutschler, Richard Pachna, Hans Adolf Pieper, Walther Riedel und Kurt Schwarz; in der Oberrealschulabteilung Kurt Bock, Edith Fenske, Dorothea Haenisch — unter Befreiung von der mündlichen Prüfung —, Martin Losinski und Ulrich Meyer; in der Reformrealgymnasialabteilung Anna Eggebrecht, Irmgard Mathwig, Lore Michel und Charlotte Mutschler, die sämtlich von der mündlichen Prüfung befreit wurden.

X **Die Erleichterungen im Fleischverkehr,** die durch die Verordnung vom 26. v. Mts. eingeführt wurden, treffen in den an Deutschland grenzenden Kreisen nicht zu. Dort gelten vielmehr weiter die Verbote betr. Massenschlachtungen, Großhandel mit Fleischwaren, das Schlachten von weiblichen Kälbern tragenden Kühen und Fersen, tragenden Säuen, weiblichen Schafen und Zuchtziegen sowie Lämmern und Zickeln unter 6 Monaten.

Keine freien Stellen bei der polnischen Staatsbahndirektion. In der letzten Zeit laufen bei der polnischen Staatsbahndirektion zahlreiche Anstellungsgesuche ein. Die Direktion teilt hierzu mit, daß augenblicklich keine freien Stellen vorhanden sind, so daß die eingelaufenen Gesuche nicht berücksichtigt werden können.

Deutschtumsbund. Am 24. und 31. d. Mts. bleiben die Geschäftsräume des Deutschtumsbundes geschlossen.

X **Eine jugendliche Diebin.** Dieser Tage nahm ein junges Mädchen bei einer Frau in der ul. Słowackiego (fr. Karlstr.) Wohnung, verschwand aber bereits am folgenden Tage unter Mitnahme einer der Wirtin gehörenden goldenen Damenuhr im Werte von 20 000 M. Den Bemühungen des 6. Polizeikommissariats gelang es, die Spitzbübin in der 18jährigen Stefania Piesniewska aus Gnesen zu ermitteln und festzunehmen. Ihr konnte noch ein anderer Diebstahl nachgewiesen werden, und zwar hatte sie bei einem Zahnarzt in der ul. 27. Grudnia (fr. Berlinerstr.) die 300 Zähne mit Platin gestohlen, worüber wir vor einiger Zeit berichtet haben. Sie hatte die Zähne bereits verkauft; diese konnten jedoch wieder herbeigeschafft und dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

X **Durch Einbruchsdiebstahl** wurden aus einer Fabrik in Dolna Wilda (fr. Unterwilda) vier Treibriemen, davon zwei von je 6 und zwei von 8 Metern Länge im Werte von 220 000 M. gestohlen.

X **Polizeibericht** Festgenommen wurden gestern 15 Personen wegen Diebstahls, eine wegen Unterschlagung, eine wegen Betruges, 5 wegen Umhertreibens und zwei wegen Betrunkenheit.

* **Wirsitz, 22. Dezember.** Am Sonntage ging ein kurzes mit einem Hagelschauer vermischtes Gewitter über unsere Stadt. Ein Blitz schlug kurz vor Beginn des Hauptgottesdienstes in den Turm der evangelischen Kirche ein, ohne jedoch den geringsten Schaden anzurichten.

* **Kolmar i. P., 22. Dezember.** Früh 6 Uhr brach in der Porzellanfabrik am Bahnhof Feuer aus, das bei dem orkanartigen Sturm mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Der Feuerwehr gelang es aber, trotzdem sie ein Flammenmeer vorfand, des Feuers Herr zu werden, sodaß nur das Dach und das oberste Stockwerk der Ost- und Nordostseite abbrannten. Oefen und Maschinen blieben unbeschädigt, sodaß wie bisher weiter gearbeitet werden kann. Das Feuer ist anscheinend an der Kesselanlage ausgebrochen.

* **Weißenhöhe, 22. Dezember.** Am 19. d. Mts. starb in Netzthal der Pfarrer Traugott Schenk. Der Verewigte hat mit allen Kräften an der Vertiefung evangelischen Glaubenslebens gearbeitet und mit eindringlichem Ernste stets an die Hebung aller Schäden des Volkslebens gedacht. Weiten kirchlichen Kreisen, besonders im Osten, ist sein Name bekannt geworden durch sein Wirken für die Gemeinschaftsbewegung. Seinem Eintreten für diese Bewegung, die anfangs der 90er Jahre im Netzegau Fuß faßte, ist es mit zuzuschreiben, daß sie auch theologische Führer bekam und im Rahmen der Landeskirche blieb.

* **Schwetz, 22. Dezember.** Ihren hundertsten Geburtstag beging die Witwe Anna Gorzka in Mühle Schönau bei Schwetz.

* **Berent, 21. Dezember.** Hier sind in Verbindung mit den Kommunistenverhaftungen in Thorn noch zwei weitere Agitatoren verhaftet worden, die seinerzeit kommunistische Flugschriften unter den Arbeitern verbreitet haben. Es ist dies der Buchhändler Stefan Koszyński und Stan. Mazewski. Bei diesem ist außer Propagandamaterial ein Fonds von 30 000 Mark beschlagnahmt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. W. in S. Die Beantwortung Ihrer beiden Fragen hängt davon ab, ob Ihnen vor 1918 die Auflassung im Grundbuche eingetragen worden ist. Wenn das der Fall ist, dann ist Ihr Grundstück unter den von Ihnen angegebenen Voraussetzungen nicht liquidierbar.

L. Z. 1. Nein; vorausgesetzt, daß Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität sind. 2. Wenn Sie nicht optieren, bleiben Sie polnischer Staatsbürger und sind militärpflichtig. 3. Die Bestimmungen über die Dauer der Militärpflicht sind noch nicht endgültig festgelegt, werden aber demnächst den Sejm beschäftigen.

R. M. 1. Eine Agentur der genannten Versicherung gibt es in Posen nicht mehr; wenden Sie sich doch an die Gesellschaft unmittelbar. 2. Die Abwickelungsstelle der Ostbank befindet sich in Posen in dem früheren Gebäude der Bank am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz). 3. Unter Emigrantensteuer versteht man 50prozentige Abgabe der Abwandernden von ihrem Barvermögen.

P. L. Ihre Frage ist an dieser Stelle schon wiederholt beantwortet worden: eine Option für Danzig gibt es nicht.

Rh. W. 100. Sie gelten zweifellos als Reichsdeutscher.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	23. Dezember	22. Dezember
Bank Związku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VIII	360 + A	350 + A
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI em.	225 + A	225 + A
Bank Ziemian I—III	230 + N	—.—
Centrala Skór I—IV (exkl. Bezr.)	230 + N	230 + N
Centrala Rolników I—IV (ex. Bezr.)	—.—	190 + N
Pozn. Sp. Drzewna (ex. Bezr.) I—IV	500 + A	500 + A
Wytwornia Chemiczna I—II	—.—	195 +
Wytwornia Chemiczna III	170 + A	160 + N
Hurtownia Związkowa	—.—	140 + A
Hurtownia Drog.	135 + N	130 + N
Luban	600 + N	—.—
Dr. Roman May I—IV (exkl. Divid.)	405 + N	400 + N
Cegielski I—VII em. (exkl. Bezugsr.)	190 +	190 +
Patria	325 + N	320 + N
C. Hartwig I—IV em.	—.—	325 + A
Inoffizielle Kurse:		
Bank Centralny	300 + N	300 + N
Bank Poznański	—.—	120 + N
Bank Przemysłowców	200 + A	200 + A
Polski Bank Komisowy	150 +	—.—
Iri	—.—	130 + N
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kupon)	510 + N	510 + N
Wielk. Huta Miedzi	280 +	—.—
Orient	—.—	190 + N
Arcona	—.—	250 + N
Herzfeld-Viktorius	270 + A	260 + A
Sarmatia	360—365 +	325—345 + N
Bentzki	475 +	460 + A
Drzewo Wronki	—.—	210 + N
Wagon Ostrowo	135 + A	—.—
Kabel (exkl. Bezugsr.)	—.—	120 + N
Hurtownia Spółek Spożywcz.	150 + N	150 + N
$4^1/_2$ % Pos. Pfandbriefe	283 + N	—.—
Tkanina	360 + N	—.—
Lloyd Wielkopolski	140 + A	—.—

Posener Viehmarkt vom 23. Dezember 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 6000 M., III. Sorte 2500—3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 7000—7500 M. II. Sorte 6000 M., III. Sorte 2500—3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 6000 M., III. Sorte 2500—3000 M. D. **Kälber** I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 5500—6000 M.

II. Schafe: I. Sorte —.— M., II. Sorte 5750 M.

III. Schweine: I. Sorte 17 000—17 500 M., II. Sorte 15 500 bis 16 000 M., III. Sorte —.— M.

Der Auftrieb betrug: 25 Rinder, 9 Kälber, 41 Schafe, 158 Schweine, 150 Ferkel. Infolge geringen Auftriebs wurde der Markt geräumt. Tendenz: ruhig!

Berliner Börsenbericht

vom 22. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe	415.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1295.—
Hartmann Masch.-Aktien	760.—
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	700.—
Schantung Eisenbahnanl.	455.—
Neuguinea Comp.-Akt.	581.—
R. Wolff	825.—
4 % Pos. Pfandbriefe	—.—

$3^1/_2$ % Pos. Pfandbriefe	22.—
Polnische Noten	6.125
Auszahlung Warschau	6.10
Kriesnoten	5.—
Dollar	178.50
Englische Pfund	759.—
Holländische Gulden	6650.—
Schweizer Franken	3525.—
Danzig polnische Mark	—.—
„ „ Noten	—.—

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Statt Karten

Martha Schilasky
Waldemar Bergmann

Verlobte [4380

Posen Weihnachten 1921 Schmiegel

Statt jeder besonderen Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter **Suse** mit dem Medizinalpraktikanten Herrn **Fritz Pulvermacher** gebe ich hiermit bekannt

Frau Anna Peiser,
geb. Koenigsberger

Meine Verlobung mit Fräulein **Suse Peiser**, Poznań, beehre ich mich anzuzeigen [4397

Fritz Pulvermacher

Empfang am 25. 12. Piekary 18

Am 20. Dezember 1921 starb plötzlich und unerwartet unser jüngster, innigstgeliebter Sohn und Bruder

Konrad

im fast vollendeten 12. Lebensjahre.

In tiefster Trauer:
Familie Halonga.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 25. Dezember 1921, nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, ulica Dąbrowskiego (fr. Gr. Berl. Str.) 52, aus statt.

Zwecks Erweiterung

unserer Fabrikeinrichtung zu kaufen gesucht:

1 Drehbank, 1½—2 Meter,
1 Shaping, 500 mm Hub,
1 Nutenstoßvorrichtg.,
2 Bohrmaschinen,
1 Kaltsäge.

Offerten erbeten an [W 742

CENTRALA PŁUGÓW

T. z o. p.

Poznań, ul. Piotra Wawrzyniaka 28/30. Tel. 4152.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. u. Abendm. Greulich. — Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Paarmann. 4: Weihnachtsfeier u. Kindergd. Greulich. — Sonnabend (Silvester), 5: Gd. Greulich.

Luisenhain. Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Paarmann.

Kicin. Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 2: Gd. Greulich.

Kreising. Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 5: Christfeier. Haenisch. — Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. u. A. Schneider. 4: Weihnachtsfeier des Kindergottesd. Ders. — Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Haenisch. — Mittwoch fällt die Bibelbesprechung aus. — Amtswoche: Schneider.

St. Paulikirche. Sonnabend, 5: Lit. Weihnachtsfeier. Stuhlmann. — Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Festgdst. Staemmler. — 11¼: Beichte u. Abm. Ders. — Montag (2. Weihn.-Feiertag), 10: Gdst. Stuhlmann. 11¼: B. u. Abm. Ders. 2½: Gdst. in poln. Sprache. 4: Weihn.-Feier d. Kindergsts. Stuhlmann. — Sonnabend (Silvester), Jahresschlußfeier, 5: Liturg. Gdst. Staemmler.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonnabend, 4½: Christfeier. Jungermann. — Sonntag (1. Weihn.-F.), 10: Predigt. Ders. — Montag (2. Weihn.-F.), 10: Gd.

St. Lukaskirche. Sonnabend, 5: Christnachtfeier. Büchner. — Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Pred., Beichte u. Abendmahlsfeier. Büchner. 4½: Weihnachtsfeier des Kindergottesd. Büchner. — Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 10: Pred., Beichte u. Abendmahlsfeier. Büchner.

Christuskirche. Sonnabend, 5: Christnacht. Rhode. — Sonntag (1. Weihn.-Feiertag), 10: Hauptgdst. Rhode. 5: Kindergottesdst. — Montag, (2. Weihn.-Feiertag), 10: Hauptgdst. Kammel. 11¼: Abendmahlsfeier. 5: Lichtbilderabend in der Aula des Deutschen Gymn. — Donnerstag, 8: Jungfrauenverein. — Freitag, 6: Bibelstunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonnabend, 4: Christfeier im Stift. 5: in der Kirche. Ilse. Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 9: B. u. hl. A. Ilse. 10: Festgd. Ders. — Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 9: B. u. hl. A. Brummack. 10: Festgottesgd. Ders. 5: Kgd. (Weihnachtsfeier). Ilse.

Stiftskapelle. Montag 10: Festgd. Ilse. — Freitag, 4: Zusammensein der Frauenhilfe. — Sonnabend (Silvester), 6: Jahresschlußgd. Brummack.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonntag (1. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Sarowy. — Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 10: Gd. Pich.

Christl. Verband junger Mädchen. Montag (2. Weihnachtsfeiertag), 4: Weihnachtsfeier.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag (1. Feiertag) geschlossen. — 2. Feiertag 7: Christfeier. Angehörige und Freunde willkommen. — Mittwoch, 7: Bibelstd. 8: Bespr.-Abd. — Donnerstag, 7½: Blasen. — Sonnabend, Geschlossen.

Sassenheim. Sonnabend, 5: Christfeier. — Sonntag (1. Feiertag), 10½: Festgd. 12: B. u. hl. A. — Donnerstag, ½2: Unterr. 4: Hausväterversammlung.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag 10: Pred. Drews. 11¼: Sonntagsschule. 2½: poln. Gdst. 4: Sonntagschulfeier. 6: Jugendv. — Mittwoch 7: Gebetsstd.

Hierdurch zur Nachricht unserer geehrten Abnehmer, dass wir die

Generalvertretung f. Grosspolen

Herrn Severin Zwieback

Bydgoszcz, Gama 9

übertragen haben.

Tow. Akc. Libawskiej Olejarni
dawn. Kieler
Warszawa-Praga, Gocławska 9.

Hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, dass **Tow. Akc. Libawskiej Olejarni w Warszawie** mir die

Generalvertretung
für Grosspolen

übertragen hat.

Gleichzeitig teile ich mit, dass ich stets über grössere Mengen von

Pflanzenbutter „Alima", Kokosfett (Kokowar), Speiseöl, Kokosöl sowie Kokosfettsäure

disponiere u. alle Aufträge schnellstens u. pünktlich ausführe.

Severin Zwieback,
Bydgoszcz, Gama 9, Telephon 113.

[4388

Hasenfelle . . . . bis **550** Mk.
Steinmarderfelle „ **25000** Mk.
Fischotterfelle . . „ **25000** Mk.
Roßschwanzhaare bis **700** Mk.

grosse und kleine Posten kauft [4391

Kallmannsohn, Poznań, św. Marcin 32 u. 34.

Beim Kaufabschluss von 40 000 Mark und Mitbringen dieser Annonce wird Reise 4. Klasse vergütet.

Kalender 1922

sind erschienen und durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen:

Wandkalender . . . . Mk. 50.—
Lesekalender, allgemeiner . . . . . . 250.—
(herausgegeb. vom Deutschtumsbund)
Lesekalender, landwirtschaftlicher . . . 350.—
(herausgegeb. vom Verband deutscher Genossenschaften).
Wochenabreißkalender (Blockform) . Mk. 200.—
Notizkalender (Taschenbuchform) . . . 250.—
dto. in Ganzleinen dauerhaft gebunden . . . 350.—

Der Versand nach auswärts erfolgt gegen Einsendung des Betrages zuzüglich Verpackung (5.—), Porto als Einschreibsendung (20.—) oder unter Nachnahme (30.—) durch

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,
Poznań, ulica Zwierzynięcka (Tiergartenstr.) Nr. 6.

Wiederverkäufer erhalten üblichen Rabatt.

Gutgeh. Zementwarengeschäft,

ausgezeichnete Geschäftslage, an Kreishauptstraße und Bahnhof gelegen, Fläche 11 Morgen, tiefes Sand- und Kieslager, Wiese u. erstkl. Gemüsegarten, ca. 40 gute Obstbäume, ergibt noch 2—3 Baustellen, auch zu jedem anderen Unternehmen geeignet, Gebäude massiv, sämtlich neu, Wohnhaus 2 stöck., **gegen ein gleiches oder anderes Geschäft in Deutschland zu tauschen gesucht.** Offerten unter **A. S. 4377** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tiefbaugeräte, Feldbahnen, Loren, Arbeits- und Kutschwagen, Geschirre, Zementrohrformen, Oberbaugeräte, Installationsrohre, Fassonstücke, Steinsetzer- u. Schmiedewerkzeuge, Flaschenzüge, Kanalpumpen, Teerstricke, Tonrohrfassonstücke, Musikinstrument (Flügel) sowie ein Grundstück

mit 4 Morgen großem Obstgarten verkauft [4402

A. Unglaube, Baugeschäft. Jarocin.

Ankäufe u. Verkäufe

Kaufe stets zu den höchsten Preisen sämtliche **getr. Garderobe, Wäsche, Schuhe Bücher usw.**

Komme auch nach außerhalb.

W. Schmidt,
ulica Zamkowa 4,
am Stary Rynek.

Gut erhaltene **Bettstelle** mit Matratze zu kaufen gesucht. Off. u. **4395** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ankauf (4264)

aller Arten **Uhren,** auch alter verbrauchter. Karte genügt.

Georg Prietzel,
Uhrmacher, Swarzędz.

Holzschwellen

in allen Abmessungen für Schmal- u. Normalspur preiswert prompt vom Lager lieferbar.

Smoschewer & Co.,
T. z o. p., **Bydgoszcz,**
Dworcowa 31b.

Zu Weihnachten ermäß. Preise: Damentaschen, Armbanduhren, Medaillons, Zigarettenetuis, Ringe usw. empfiehlt **Chwilkowski,** św. **Marcin 40** und **ulica Pocztowa 3.** 4390

Silbernitrat

f. chem., pharmaz. u. photogr. Zwecke empfiehlt jedes Quantum Firma **Mabor, Poznań, Mickiewicza 15.** (4399

Stellenangebote

Monteur,

in Gas-, Wasser- und Warmwasserbereitungs-Anlagen durchaus erfahren, sowie im Heizungsfach vertraut, sucht

E. Jentsch, Poznań,
ul. Franciszka Ratajczaka 20.

Buchhalter(in) zwecks Anleg. d. Buchführ. i. d. Abendst. ges. Off. u. **4396** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche per sofort eine (4403

tüchtige Stütze,

die einen rituellen Haushalt führen u. perfekt kochen kann. Jüdin bevorzugt. Off. m. Gehaltsanspr. erbittet **Landmann, Klecko p. Gniezno.**

Stellengesuche

Aelterer Müller,

welcher beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig ist, **sucht** von sofort oder später **Stellung als Alleiniger oder Erster.** Besitze eigenes Handwerkszeug und führe Reparaturen selbst aus. Bin mit sämtl. Maschinen der Neuzeit, elektr. Licht u. Dampfmasch. bestens vertr. Gefl. Ang u. **P. G. 4394** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

PAŁACOWY
Teatr
plac Wolności Nr. 6.
Heute! Heute!

Fürstin Woroncow

Drama aus den russischen Gesellschaftskreisen in 6 Akten.

In der Hauptrolle:
Ellen Richter.

Grosses Künstler-Konzert.

Preise der Plätze:
200, 250, 300 Mark.

Der Aufsicht unseres Rabbinats sind lediglich die hiesigen Fleischhandlungen von **H. Rothenberg, Max Wisch** und **Wilhelm Wisch** unterstellt.

Poznań d. 19. 12. 1921.

Der Vorstand d. Synagogen-Gemeinde.



Wohnungen

Wohnungs-Tausch!

2 Zimmer-Wohn., ul Matejki, Neue Gartenstr., gegen eine ebensolche in **Breslau** oder **Landsberg a. W.** sof. oder z. 1. 3. 22 zu tauschen. Off. u. **4401** a. d. Geschft. d. Bl.

Suche z. baldigen Antritt einen ig. unverheiratet.

Gärtner.

Zeugnisse u. Gehaltsansprüche an **Frau Rittergutsbesitzer Mitschke, Staniew,** p. Koźmin.

Größeres Maschinengeschäft am Platze sucht zum 1. Januar evtl. später:

eine abschlußsichere Buchhalterin

und

eine jüngere Stenotypistin;

letztere müßte evtl. auch leichtere Kontorarbeiten übernehmen. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter **4405** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Hiermit wird zur Kenntnis gebracht, daß am **ersten Weihnachtsfeiertag und Osterfeiertag der Betrieb der Elektrischen erst um ca. 2 Uhr beginnt.** Am **Heiligen Abend** verkehrt die Elektrische **nur bis ca. 9 Uhr abends.** Die Linie 1 Dworzec—Tama Garbarska verkehrt wie sonst.

Poznańska Kolej Elektryczna.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von **25 Mark** als Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die, der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Posen nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er will dadurch mit dazu beitragen, daß den hier bleibenden Gliedern der deutschen Minderheit das Sicheinleben in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Posen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Posen für sie verbunden ist.

---

1 hocheleganter Landauer, wenig gefahren, u.
1 herrschaftl. 4 sitz. Schlitten zu verkaufen.

Näheres zu erfahren in der Geschäftsst. d. Blattes u. 2644.

Einige Waggons **Birken, Erlen, Kiefern**

werden abgegeben. Einschlag erfolgt nach Wunsch. Angebote mit Preisangabe werden nur berücksichtigt und sind **unter K. F. 4387 an die Geschäftsstelle d. Blattes zu senden.**